Niederschrift

über die 13. Sitzung der Stadtvertretung der Stadt Wyk auf Föhr am Montag, dem 14.09.2009, im Sitzungssaal der Amtsverwaltung.

Anwesend sind:

Dauer der Sitzung: 19:00 Uhr - 22:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Heinz Lorenzen

Bürgermeister

Frau Claudia Andresen

Herr Ulrich Bork

Herr Erland Christiansen

Herr Alexander Damm

Herr Ulrich Herr

Herr Jürgen Huß

Frau Annemarie Linneweber

Frau Usche Meuche

Frau Dr. Silke Ofterdinger-Daegel

2. stellv. Bürgermeisterin

Herr Paul Raffelhüschen

Herr Eberhard Schaefer

Frau Elisabeth Schaefer

Herr Peter Schaper

Frau Christine Thomsen

Herr Peter-Boy Weber

von der Verwaltung

Herr Heinrich Feddersen

Frau Renate Gehrman

Frau Birgit Mertin

Herr Ulrich Schmidt

Seniorenbeirat

Frau Margarete Christiansen

Gäste

Herr Peter Hübner

Projekt M

Herr Dr. Hark Ketelsen

WBV

Herr Christfried Rolufs

WBV

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Friedhelm Kniep-Wahala

Tagesordnung:

- 1 . Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 . Anträge zur Tagesordnung
- 3 . Namentlicher Aufruf, Verpflichtung und Einführung einer Stadtvertreterin in ihre Tätigkeit
- 4 . Bericht des Bürgermeisters
 - 4.1 . Euregio Die Watten
 - 4.2 . Widmung Fußgängerzone
 - 4.3 . Korrekturbedarf bei Amtsordnung und Gemeindeordnung

- 5 . Bericht der Ausschussvorsitzenden
- 6 . Einwohnerfragestunde
- 7 . Anträge und Anfragen
- 8 . Anregungen und Beschwerden
- 9 . Ausschussumbesetzungen
- 10 . Erlebnisräume gestalten
hier: Präsentation der Projektskizze durch "Projekt M"
- 11 . Bericht des Gemeindeprüfungsamtes über die durchgeführte unvermutete Kassenprüfung beim Städtischen Eigenbetrieb "Liegenschaftsbetrieb der Stadt Wyk auf Föhr"
Vorlage: Stadt/001764
- 12 . 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3a der Gemeinde Wrixum für das Gebiet Ocke-Nerong-Straße/Kirchweg
hier: Stellungnahme der Stadt Wyk auf Föhr als Nachbargemeinde
Vorlage: Stadt/001767
- 13 . Bebauungsplan Nr. 9 der Stadt Wyk auf Föhr für das Gebiet zwischen der Straße Am Flugplatz, der Verlängerung des Fehrstieges zum Strand, dem Strand und dem Hamburger Wäldchen
hier: a) Aufstellungsbeschluss
b) Festlegung der Planungsziele
c) Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: Stadt/001766
- 14 . Grundsatzbeschluss zur Anwendung des §68 LBO SH (Genehmigungsfreistellung)
Vorlage: Stadt/001757

1. **Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Bürgermeister Lorenzen begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

2. **Anträge zur Tagesordnung**

Aufgrund des Ausscheidens von Herrn Kummerow wurde eine Nachfolgerin berufen. Diese wird unter einem neuen Tagesordnungspunkt (TOP 3) in ihr Amt eingeführt.

Weiterhin werden die ursprünglichen Tagesordnungspunkte 3, 14 und 17 aus der Tagesordnung gestrichen.

3. **Namentlicher Aufruf, Verpflichtung und Einführung einer Stadtvertreterin in ihre Tätigkeit**

Bürgermeister Lorenzen ruft Frau Christine Thomsen namentlich auf. Er verpflichtet sie per Handschlag zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten und zur Verschwiegenheit und führt sie in ihre Tätigkeit ein.

4. **Bericht des Bürgermeisters**

4.1. **Euregio Die Watten**

Auf der letzten Sitzung der Euregio wurden die für die nächsten 2 Jahre geplanten Themen festgelegt. Wichtigstes Thema ist dabei der Klimawandel. Gemeinsam mit den Niederlanden und Dänemark wird man sich mit dem Thema beschäftigen und präventive Strategien entwickeln.

4.2. Widmung Fußgängerzone

Der Kreis Nordfriesland hat wegen der Änderung der Befahrensregelungen für die Fußgängerzone eine Umwidmung vorgesehen. Dies wird vom Amt Föhr-Amrum anders gesehen. Die Verwaltung ist bemüht, dem Kreis ihre Sichtweise darzustellen.

4.3. Korrekturbedarf bei Amtsordnung und Gemeindeordnung

Die Herren Kubicki und Stegner haben bereits auf das Schreiben von Herrn Lorenzen hinsichtlich des Korrekturbedarfs bei Amtsordnung und Gemeindeordnung geantwortet. Bürgermeister Lorenzen leitet die Antwortschreiben an die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter zur Kenntnis weiter.

5. Bericht der Ausschussvorsitzenden

Herr Schaefer gibt bekannt, dass der Hafenausschuss am 29.09.2009 gemeinsam mit dem Bau- und Planungs- und Umweltausschuss tagen wird.

6. Einwohnerfragestunde

Von Seiten der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner liegen keine Fragen vor.

7. Anträge und Anfragen

Es liegen keine Anträge und Anfragen vor.

8. Anregungen und Beschwerden

Es liegen keine Anregungen und Beschwerden vor.

9. Ausschussumbesetzungen

Die SPD-Fraktion gibt die folgenden Ausschussumbesetzungen bekannt:

Wahlprüfungsausschuss:

Für Herrn Matthias Kummerow wird Herr Peter Schaper als neues Mitglied benannt.

Finanzausschuss:

Herr Matthias Kummerow entfällt. Frau Christine Thomsen wird als Poolvertreterin benannt.

Hafenausschuss:

Frau Christine Thomsen wird als neue Poolvertreterin benannt.

Die bürgerlichen Mitglieder Frau Sabine Gillessen, Herr Markus Grimmenstein und Frau Sina Hartmann werden als neue Poolvertreter benannt.

Ausschuss für öffentliche Einrichtungen:

Frau Christine Thomsen wird als neue Poolvertreterin benannt.

Die bürgerlichen Mitglieder Frau Sabine Gillessen, Herr Markus Grimmenstein und Frau Sina Hartmann werden als neue Poolvertreter benannt.

Jugend-, Kultur- und Sozialausschuss:

Für Herrn Matthias Kummerow wird Frau Christine Thomsen als neues Mitglied benannt.

Die bürgerlichen Mitglieder Frau Sabine Gillessen, Herr Markus Grimmenstein und Frau Sina Hartmann werden als neue Poolvertreter benannt.

Amtsausschuss:

Für Herrn Matthias Kummerow wird Herr Peter Schaper als neues Mitglied benannt. Als neue Stellvertreterin wird Frau Annemarie Linneweber benannt.

Museumszweckverband:

Für Herrn Matthias Kummerow wird Herr Arwin Nahmens als neues Mitglied benannt.

Fraktionssprecher:

Neuer Fraktionssprecher der SPD-Fraktion wird Herr Peter Schaper, Frau Annemarie Linneweber wird als stellvertretende Fraktionssprecherin benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Den genannten Ausschussbesetzungen wird zugestimmt.

**10. Erlebnissräume gestalten
hier: Präsentation der Projektskizze durch "Projekt M"**

Herr Hübner erläutert anhand der als Anlage 1 beiliegenden Präsentation ausführlich den Wettbewerbsbeitrag der Stadt Wyk auf Föhr am Wettbewerb zur ganzheitlichen Ortsentwicklung.

Beim ausgelobten Landeswettbewerb zur ganzheitlichen Ortsentwicklung werden die Kosten für die Ortsentwicklungskonzepte, die die Plätze 1 – 3 belegen, mit 90% (1.), 80% (2.) und 70 % (3.) der Kosten gefördert.

Die Gewinner werden voraussichtlich am 17.11.2009 bekannt gegeben.

Die Fraktionen werden gebeten, mögliche Änderungsvorschläge für das Projekt bis zum 18.09.2009 an Herrn Hübner zu richten.

11. Bericht des Gemeindeprüfungsamtes über die durchgeführte unvermutete Kassenprüfung beim Städtischen Eigenbetrieb "Liegenchaftsbetrieb der Stadt Wyk auf Föhr"
Vorlage: Stadt/001764

Herr Raffelhüschen berichtet anhand der Vorlage.

Das Gemeindeprüfungsamt des Kreises Nordfriesland hat am 10. und 11.08.2009 eine unvermutete Kassenprüfung beim Eigenbetrieb „Städtischer Liegenchaftsbetrieb Wyk auf Föhr“ durchgeführt. Der vollständige Prüfungsbericht kann im Liegenchaftsamt eingesehen werden.

Da die Prüfung keine wesentlichen Beanstandungen ergeben hat, wird vom Gemeindeprüfungsamt auf eine Stellungnahme zum Prüfungsbericht verzichtet. Das Prüfungsverfahren selbst ist damit bereits abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss:

Der Bericht des Gemeindeprüfungsamtes über die in der Zeit vom 10. bis 11.08.2009 durchgeführte unvermutete Kassenprüfung beim städtischen Eigenbetrieb „Städtischer Liegenchaftsbetrieb Wyk auf Föhr“ wird zur Kenntnis genommen.

12. 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3a der Gemeinde Wrixum für das Gebiet Ocke-Nerong-Straße/Kirchweg hier: Stellungnahme der Stadt Wyk auf Föhr als Nachbargemeinde
Vorlage: Stadt/001767

Frau Dr. Offerdinger-Daegel berichtet anhand der Vorlage.

Das Plangebiet befindet sich in der Gemeinde Wrixum, Kreis Nordfriesland im Bereich südwestlich der Straße Hardsesweg / Ocke-Nerong-Straße und nordwestlich der Straße Kirchweg.

Ziele der Planung

Die Gemeinde Wrixum beabsichtigt, den Bebauungsplan Nr. 3a für den Bereich von Ocke-Nerong-Straße / Kirchweg im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB zu ändern, um die Ecksituation Ocke-Nerong-Straße / Kirchweg gestalterisch und städtebaulich aufzuwerten.

Inhaltlich besteht die Planänderung in der Zusammenfassung der bisherigen zwei Bauflächen auf diesem Grundstück bei gleichzeitiger Reduzierung der insgesamt überbaubaren Fläche in Anlehnung an das Nachbargrundstück,

Belange der Stadt Wyk auf Föhr sind durch diese Planänderung nicht berührt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Stellungnahme der Stadt Wyk auf Föhr als Nachbargemeinde

Seitens der Stadtvertretung der Stadt Wyk auf Föhr bestehen keine Bedenken gegen die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3a der Gemeinde Wrixum

13. **Bebauungsplan Nr. 9 der Stadt Wyk auf Föhr für das Gebiet zwischen der Straße Am Flugplatz, der Verlängerung des Fehrstieges zum Strand, dem Strand und dem Hamburger Wäldchen**
hier: a) **Aufstellungsbeschluss**
b) **Festlegung der Planungsziele**
c) **Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**
Vorlage: Stadt/001766

Frau Dr. Offerdinger-Daegel berichtet anhand der Vorlage.

Planungsanlass, Problemstellung, Planungserfordernis

Die Hochhäuser am Flugplatz sind in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf der Grundlage des Bebauungsplanes Nr. 9 genehmigt und errichtet worden. Sie geben Zeugnis von der Vorstellungswelt und „Baukultur“ der damaligen Zeit, in welcher Baukörper dieser Art mit ihren Bauweisen als fortschrittlich und städtebaulich wünschenswert angesehen wurden.

Prägende Merkmale dieser Bebauung sind neben der Gebäudehöhe vornehmlich kubistische Baukörper mit Flachdach, die bewusst auf die Ausbildung einer Dachlandschaft aus geneigten Dachflächen verzichten. In dieser Formensprache ist diese Bebauung zu Ende geführt worden.

Danach ist der Bebauungsplan in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als sogenannter „Nummernplan“ für ungültig erklärt worden, weil aus Sicht der Rechtsprechung eine ausreichende Gebietsbeschreibung fehlt. D. h. nunmehr sind Bauvorhaben nach § 34 BauGB zu beurteilen. Da die Bebauung dieses Bereiches als abgeschlossen anzusehen war, bestand für die Stadt bisher auch kein dringender Handlungsbedarf für eine Neuaufstellung des Bebauungsplanes.

Die Flachdachbauweise hat zwischenzeitlich zu Bauschäden bzw. vermehrten Instandsetzungsaufwendungen geführt, so dass es Überlegungen gibt die Flachdächer durch flachgeneigte Walmdächer zu ersetzen. Nach der augenblicklichen Sach- und Rechtslage sind solche Dachformen genehmigungsfähig.

Für den Teilbereich eines Baukörpers liegt aktuell ein entsprechender Antrag vor. Es ist nicht zu erwarten, dass alle Eigentümergemeinschaften sich dieser Vorgehensweise anschließen werden, weil bereits in jüngster Zeit auch Flachdachsaniierungen durchgeführt worden sind. Es ist daher nicht auszuschließen, dass sich zukünftig in unterschiedlicher Häufung Baukörper mit Flachdächern und Walmdächern, möglicherweise sogar unterschiedlich an einzigen der großmaßstäblichen Gebäude, in diesem Baugebiet befinden werden. Damit wird das heute eindeutige und klare Erscheinungsbild dieser baulichen Gesamtsituation sich städtebaulich nachteilig verändern.

Inhalt des Planes

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss hat sich in seiner Sitzung am 02.09.2009 mit dieser Fragestellung befasst und beschlossen, aus Sicht des Ortsbildes die bestehende Situation mit den Flachdachgebäuden als Zeugnis für die prägenden Bauweisen der Entstehungszeit des Baugebietes beizubehalten. Von daher hat er die Aufstellung eines neuen einfachen Bebauungsplanes Nr. 9 empfohlen, der lediglich die Dachform als „Flachdach“ regeln soll.

Verfahrensablauf

Auf Grund dieses eingeschränkten Regelungsinhaltes kann dieser Bebauungsplan nach § 13 BauGB durchgeführt werden. Damit entfällt die Durchführung einer Umweltprüfung und der damit verbundene Umweltbericht. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 (Anhörung als frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung) und § 4 Abs. 1 BauGB (vorgezogene Behördenbeteiligung) wird abgesehen.

Daraus ergibt sich zugleich, dass durch den Wegfall der oben genannten Verfahrensschritte unmittelbar nach dem Aufstellungsbeschluss und der Festlegung der Planungsziele auch der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss gefasst werden kann.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
6 Enthaltungen

Beschluss:

Zu a) Aufstellungsbeschluss

1. Für das Gebiet der Stadt Wyk auf Föhr zwischen der Straße Am Flugplatz, der Verlängerung des Fehrstieges zum Strand, dem Strand und dem Hamburger Wäldchen wird der Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 9 der Stadt Wyk auf Föhr gefasst. Das Verfahren wird im Wege des vereinfachten Verfahrens gemäß § 13 BauGB durchgeführt.

Zu b) Festlegung der Planungsziele

2. Für die Planung wird als Planungsziel festgelegt durch die Festsetzung der Dachform „Flachdach“ das städtebauliche Erscheinungsbild des Baugebietes zu erhalten.
3. Mit der Ausarbeitung der Planunterlagen wird das Bau- und Planungsamt des Amtes Föhr-Amrum beauftragt.
4. Von der öffentlichen Unterrichtung und Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung wird nach § 13 BauGB abgesehen.
5. Dieser Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (gem. § 2 Abs. 1 BauGB).

Zu c) Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

6. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 9 für das Gebiet der Stadt Wyk auf Föhr zwischen der Straße Am Flugplatz, der Verlängerung des Fehrstieges zum Strand,

dem Strand und dem Hamburger Wäldchen und der Entwurf der Begründung dazu werden in den vorliegen-den Fassungen gebilligt.

7. Der Entwurf des Planes und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen und über die öffentliche Auslegung zu informieren.

14. Grundsatzbeschluss zur Anwendung des §68 LBO SH (Genehmigungsfreistellung)

Vorlage: Stadt/001757

Frau Dr. Offerdinger-Daegel berichtet anhand der Vorlage.

Gemäß Landesbauordnung für das Land Schleswig Holstein (LBO) vom 22.01.2009 wird die sogenannte Genehmigungsfreistellung (§ 68 LBO) an Stelle der früheren „Baufreistellung bei Wohngebäuden und Nebenanlagen“ (§ 74 „alte“ LBO) eingeführt.

Im Wesentlichen unterscheidet sich die Neuregelung dadurch, dass die Genehmigungsfreistellung nun neben Wohngebäuden auch gewerbliche Bauten umfasst. Für alle Gebäude der Gebäudeklassen 1-3 (maximale Fußbodenhöhe des höchsten Aufenthaltsraumes darf 7 m nicht überschreiten, ferner landwirtschaftliche Gebäude) im Bereich von qualifizierten Bebauungsplänen kann nunmehr die Genehmigungsfreistellung in Anwendung kommen. Ausgenommen hiervon sind Sonderbauten (z.B. Versammlungsstätten und Gebäude mit mehr als 1600 m² Grundfläche, größere Gaststätten und Hotels, Krankenhäuser, Heime, Tageseinrichtungen).

Darüber hinaus ist der Gemeinde in der LBO gemäß § 68 Abs. 2 Nr. 4 nun die Möglichkeit gegeben, Bauvorhaben, die dem Genehmigungsfreistellungsverfahren unterliegen, in ein vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren zu übernehmen.

In Abstimmung mit dem Kreis Nordfriesland empfiehlt es sich, gemäß der Erfahrungen bei der Anwendung der „alten“ LBO zukünftig alle gewerbliche Bauvorhaben und solche Wohnbauvorhaben, die nicht durch die Baufreistellung der „alten“ LBO abgedeckt wurden, grundsätzlich von einer Genehmigungsfreistellung in ein vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren überzuleiten. Dies betrifft insbesondere Beherbergungsbetriebe, Ferienwohnungen (als sonstige nicht störende Gewerbebetriebe) sowie beispielweise Bauvorhaben im Geltungsbereich von Erhaltungssatzungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Stadt Wyk auf Föhr fasst den Grundsatzbeschluss, bei allen gewerblichen Bauvorhaben und solchen Wohnbauvorhaben, die nicht durch die Baufreistellung gemäß §74 der „alten“ LBO abgedeckt wurden, gemäß §68 Abs. 2 Nr. 4 die Genehmigungsfreistellung in ein vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren überzuleiten. Insbesondere gilt dies für Beherbergungsbetriebe, Ferienwohnungen und Bauvorhaben im Geltungsbereich von Erhaltungssatzungen.

Für alle sonstigen Bauvorhaben, die der Genehmigungsfreistellung unterliegen, wird das Amt Föhr-Amrum beauftragt, diese in vereinfachte Baugenehmigungsverfahren überzuleiten, wenn die Voraussetzungen gemäß § 68 Abs. 9 erfüllt sind. Dies ist z.B.

der Fall, wenn davon auszugehen ist, dass die Antragsunterlagen nicht die Voraussetzungen für eine Genehmigungsfreistellung erfüllen.

Mit diesem Tagesordnungspunkt ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet. Bürgermeister Lorenzen bedankt sich für das Interesse und verabschiedet die Öffentlichkeit.

Heinz Lorenzen

Birgit Mertin